



**Blaue Post**

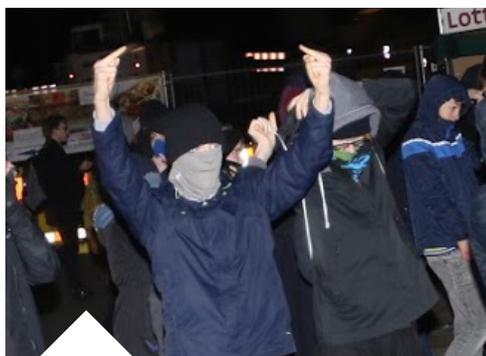
ZEITUNG DER AfD-FRAKTION SACHSEN



# EINSTEINS ERBEN?

## BILDUNGSNIVEAU STEIGERN

SEITE 6



### **PARTYSZENE?**

Im Westen nichts Neues S. 2



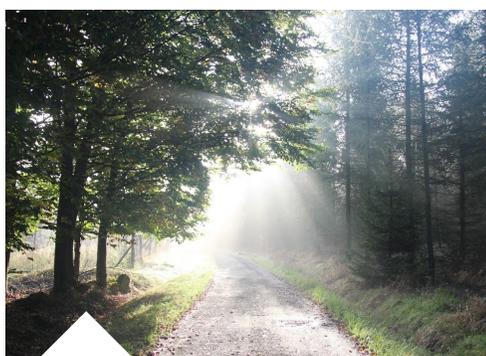
### **LOKAL STATT GLOBAL**

Lieferketten verkürzen S. 4



### **GENERATIONEN**

Miteinander, Füreinander S. 3



### **WALDMENSCH?**

Forst ist mehr als Wirtschaft S. 8



### **FÖRDERSUMPF**

in Sachsen lahmlegen S. 10



### **LAUSITZ FÖRDERN**

statt trockenlegen S. 9

## „PARTYSZENE“? AUS WESTDEUTSCHEN ENTWICKLUNGEN LERNEN



Sachsen muss aus der Stuttgarter Krawallnacht lernen. Ein entfesselter Gewalt-Mob trüfte den Freistaat unvorbereitet. Das war Thema einer Aktuellen Debatte im Landtag. Die Polizei ist für solche Szenarien nicht gewappnet. AfD-Initiativen schiebt die Landesregierung seit Jahren auf die lange Bank. Dabei wachsen auch in sächsischen Großstädten anarchistische Gewaltpotentiale heran. Migranten und Linksextreme spüren ihre Macht auf der Straße.

*„Auch in Leipzig hat sich eine Gruppe gebildet, die sich „Migrantifa“ nennt.“*

Die Ausschreitungen in der Stuttgarter Innenstadt in der Nacht des 20. Juni gehören zu den schwersten in der Geschichte der Bundesrepublik. Nach einer Drogenkontrolle stehen die Polizeikräfte einem Mob aus mehreren Hundert Personen gegenüber. Flaschen und Steine fliegen, Einsatzfahrzeuge werden demoliert. Es wird Verstärkung angefordert, doch diese kommt zu spät.

Die Polizei verliert die Kontrolle. Der Mob, dem nun bereits bis zu 500 Personen gehören, zerlegt die Innenstadt. Geschäfte werden geplündert, Boutiquen entglast.

Stundenlang herrscht Gewalt und Anarchie. Sachschaden: 3,5 Millionen Euro. Mehr als doppelt so viel, wie nach den G-20-Ausschreitungen 2017 in Hamburg.

Die bekannten Tatverdächtigen kommen hauptsächlich aus dem Migrantenmilieu. Doch es sind auch Anheizer unter ihnen: verummte Linksextreme, die den Schulterchluss mit gewalttätigen Gruppen suchen. Offiziell wird man später von der „Party- und Eventszene“ sprechen,

um die unangenehme Wirklichkeit zu verschleiern: Auf deutschen Straßen bildet sich eine unheilvolle Allianz aus Migranten und Linksextremen, und die selbsternannte „Migrantifa“ kann jederzeit erneut zuschlagen.

Nach Stuttgart und Frankfurt stellt sich daher die Frage, welche Stadt die nächste ist? Dresden, Leipzig, ...? Infolge der unkontrollierten Masseneinwanderung und der Radikalisierung der linken Szene hat sich auch in sächsischen Städten ein enormes Gewalt- und Zerstörungspotential gebildet. Auf Eskalationen wie in Stuttgart ist im Freistaat

aber niemand vorbereitet! Die AfD fordert bereits seit Jahren eine bessere Ausrüstung der Polizei mittels Distanzwaffen wie Gummigeschossen. Sie benötigt auch Taser (Distanz-Elektroimpulsgerät), um Festnahmen in kritischen Situationen schnell durchführen zu können. Das bisherige Instrumentarium der Polizei ist für Gefahrensituationen wie in Stuttgart ungeeignet. Schlagstock und Pfefferspray reichen gegen aggressive Gruppen nicht aus. Der potentiell tödliche Einsatz von Schusswaffen wäre hingegen unverhältnismäßig.

Die Polizei braucht somit keine Debatte über linke Theoriephantome wie „strukturellen Rassismus“ und dubiose Gefälligkeitsstudien über „Racial Profiling“. Die Polizei muss in Stand gesetzt werden, die innere Sicherheit umfassend zu garantieren. Dazu gehört es Grenzen zu sichern und sich auf Szenarien wie in Stuttgart vorzubereiten.



von  
Sebastian Wippel

## „WIR BRAUCHEN EINE ARMUTSFESTE RENTE.“

Unsere seniorenpolitische Sprecherin Gudrun Petzold wünscht sich ein gutes Miteinander der verschiedenen Generationen. Wie das besser gelingen kann und was für Senioren konkret getan werden sollte, hat sie uns kurz und bündig erklärt.

**Blaue Post: Frau Petzold, Sachsens Bevölkerung wird immer älter. Welche Weichenstellungen sind deshalb aus Ihrer Sicht erforderlich?**

Erstens: Wir brauchen Barrierefreiheit. Als Oppositionspolitikerin kann ich den Prozess zur Gestaltung einer barrierefreien Gesellschaft nur begleiten und die Aktivitäten der Regierung hierzu nur kontrollieren. Zu diesem Zweck habe ich mehrere Kleine Anfragen eingereicht. Dabei ging es beispielsweise um die Barrierefreiheit in Wahllokalen, Arztpraxen, Nahverkehrsmitteln, Gebäuden und Informationstechnik. Zweitens: Wir brauchen eine armutsfeste Rente. Die Grundrente der Bundesregierung genügt diesem Anspruch nicht. Darüber hinaus ist fraglich, wie sie finanziert werden soll und ob sie überhaupt verfassungsgemäß ist.

Drittens: Gesundheit. Wir müssen Technologien, die die körperliche Leistungsfähigkeit im Alter erhalten, fördern und neue Medikamente rascher auf den Markt bringen. Ferner müssen wir darauf hinwirken, dass die Zeiten für Wartetermine bei Ärzten geringer werden. Die Pflegebranche braucht dringend mehr Arbeitskräfte und bessere Personalschlüssel.

**Die Rentenpolitik wird seit vielen Jahren kontrovers diskutiert. Es entsteht dabei schnell der Eindruck, dass eine Reform zwar von allen Seiten angemahnt wird, aber aufgrund der Komplexität des Themas nahezu ausgeschlossen ist. Wo sollten wir Ihrer Meinung nach den Hebel ansetzen?**

Grundsätzlich favorisiere ich ein Modell, welches folgenden Ansprüchen genügt:

1. Wer mindestens 35 Jahre (unabhängig von Voll- oder Teilzeit) gearbeitet hat, muss



in jedem Fall eine Rente erhalten, die oberhalb der derzeitigen Grundsicherung im Alter liegt.

2. Dies muss auch für Erwerbsunfähigkeitsrentner gelten, allerdings müssen deutlich weniger Beitragsjahre ausreichen.

3. Die Kindererziehung muss stärker berücksichtigt werden.

4. Ein einfaches Berechnungssystem ist vorzuzugswürdig.

**Die Rente ist nun aber ein Thema, das vor allem in Berlin verhandelt wird. Welche Akzente lassen sich für Senioren und diejenigen, die es bald sind, überhaupt direkt im Freistaat Sachsen setzen?**

Ja, die Rente ist ein Bundesthema. Wir müssen die Entwicklungen auf Bundesebene und ihre Auswirkungen auf Sachsen beobachten. Hierzu dient meine Kleine Anfrage „Auswirkungen der Grundrente auf die Altersarmut in Sachsen“ (Drs.7/3118). Natürlich steht es uns frei, das Rententhema im Bürgerdialog anzusprechen oder in einem Antrag eine Bundsratsinitiative der Staatsregierung zu fordern.

Hinsichtlich anderer Themen gibt es die Möglichkeit Akzente zu setzen, indem man beispielsweise auf Veränderungen der Sächsischen Bauordnung drängt oder sich für mobile Läden zur Versorgung auf dem Land einsetzt.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

## LOKAL STATT GLOBAL!

Im Juniplenium forderte die AfD-Fraktion in einer Aktuellen Debatte im Sächsischen Landtag die Abhängigkeit von Lieferketten zu reduzieren und essentielle Grundgüter wieder in heimischer Produktion herzustellen. Doch gerade bei diesem Thema zeigte sich erneut die unehrliche und widersprüchliche Symbolpolitik der Staatsregierung.

Schon weit vor der Corona-Krise forderte die AfD, dass die Produktion wichtiger Güter und essentieller Medikamentenwirkstoffe zurück nach Deutschland und Europa geholt werden soll. Eine wichtige Maßnahme, um angemessen auf die Abhängigkeit unserer deutschen Volkswirtschaft von ausländischen Zulieferern zu reagieren. Denn seit Jahren sind wichtige Medikamentenwirkstoffe nicht ausreichend lieferbar. Jetzt erst, mit Corona im Nacken und der AfD-Fraktion vor Augen, wacht auch die grün-rote CDU-Regierung auf. Dazu greift man tief in die Trickkiste, bedient

*„Die Globalisierung muss ein Stück zurückgedreht werden.“*

sich dreist am AfD-Vorschlag und verkauft das als die eigene Idee.

So forderte Wirtschaftsminister Martin Dulig (SPD) kürzere Lieferketten und die heimische Produktion essentieller Grundgüter. Das ist eine erstaunliche Kehrtwende für jemanden, dessen Partei stets vor der Gefahr der „Renationalisierung“ der Wirtschaft warnt. Wir von der AfD aber vermuten, dass auch dieser Vorstoß lediglich ein Täuschungsmanöver ist: Gute Intention, doch passieren wird nichts. Dafür brauchen wir uns nur die fatale Energie- und Umweltpolitik ansehen. Dafür bezahlen wir mittlerweile die teuersten Strompreise in Europa und vernichten mit Steuergeld wertschöpfende Industriearbeitsplätze in der Kohle- und Automobilzulieferindustrie.

Ich fordere die Staatsregierung daher auf: Schluss mit dieser Scheinheiligkeit. Unterstützen Sie die sächsische Wirtschaft tatkräftig – mit Maßnahmen, die ihr und

den Bürgern auch tatsächlich helfen! Wirtschaftshilfe direkt vor Ort bei unseren sächsischen Unternehmen, die Innovation und Wertschöpfung im Land betreiben. Das schafft Arbeitsplätze, Unabhängigkeit und eine Zukunft auch auf dem Land.

Es nützt Sachsen nichts, wenn mit unserem Steuergeld neue Produkte entwickelt werden, sofern die Konzerne sie danach im Ausland produzieren lassen. Unterstützen wir unseren sächsischen Mittelstand gerade im ländlichen Raum! Ja, dafür braucht es Mut, sächsische Interessen in Berlin gegen eine Kanzlerin durchzusetzen, die sich selbst und Ihre Politik für alternativlos hält. Verspielen wir nicht die Zukunft Sachsens, denn die sind wir unseren zukünftigen Generationen schuldig!



von  
Thomas **Thumm**



## DIE GRUNDSTEUER DARF NICHT ERHÖHT WERDEN

Ab 2025 soll bundesweit die neu zu ermittelnde Grundsteuer erhoben werden. Das Bundesverfassungsgericht hat vor zwei Jahren entschieden, dass die Grundsteuer in ihrer jetzigen Form rechtswidrig und bis 2024 neu zu regeln sei. Der Bund hat Ende vergangenen Jahres dazu ein neues Gesetz verabschiedet und darin eine „Länderöffnungsklausel“ eingebaut. Die Bundesländer dürfen also das Gesetz modifizieren. Sachsen möchte davon Gebrauch machen.

Die Sächsische Staatsregierung hat diesbezüglich im Juli 2020 einen Gesetzentwurf vorgelegt. Er muss nun im Landtag diskutiert und beschlossen werden. Nach Auffassung der AfD-Fraktion war ein Verzicht auf die Grundsteuer denkbar, wenn der Einnahmeausfall für die Kommunen mit allgemeinen Steuermitteln ausgeglichen wird. Dafür ist jedoch aktuell leider keine parlamentarische Mehrheit erkennbar.

Die Grundsteuererhebung darf nicht zur Ausweitung der Bürokratie

führen, für die wir Steuerzahler zusätzlich aufkommen müssten. Für die Berechnung der neuen Grundsteuer sollen Eigentümer sieben Merkmale ihrer Immobilie an die Finanzämter melden, insbesondere die Lage der Immobilie, die Grundstücksgröße, der Bodenrichtwert und das Baujahr bei Gebäuden.

Auf keinen Fall darf die Grundsteuerneuregelung zu einer Mehrbelastung der Zahlungspflichtigen führen. Nach ersten Modellrechnungen würde die Grundsteuer aber vor allem für Einfamilienhäuser in den Großstädten steigen, eine Mehrbelastung von durchschnittlich 60 Euro in Leipzig und Dresden, 100 Euro im Schnitt für Chemnitz.

Die Kommunen sollten ab 2025 ihre Grundsteuerhebesätze anpassen. Tun sie das nicht, würde das Wohnen in den Großstädten über die Umlage der Grundsteuer in den Miet-

nebenkosten noch teurer werden. Die Stadt- und Gemeinderäte entscheiden letztlich, ob es künftig eine Steuererhöhung für die Grundstückseigentümer und Mieter in ihrem Ort geben wird und wie hoch diese im konkreten Einzelfall ausfallen wird.

Kluge Gemeinderäte werden bei der Umsetzung vor Ort besonders darauf achten, dass die Grundsteuerneuregelung am Ende nicht zur Steuer Mehrbelastung für die Bürger führt, sondern maximal aufkommensneutral erfolgt. Bei offenen Fragen sprechen Sie uns bitte darauf an, denn das Thema „Grundsteuererhebung“ betrifft uns alle, egal ob als Immobilieneigentümer oder Mieter.



von  
**Ivo Teichmann**



## AUF DAS GYMNASIUM SOLLTEN NUR DIE ALLERBESTEN GEHEN

Auf dem Papier werden Sachsens Schüler immer besser. Sie steigerten ihren Notendurchschnitt beim Abitur in diesem Jahr auf 2,16.

98 Prozent der Gymnasiasten bestanden ihre Prüfungen. 380 Schüler schafften dabei sogar die Meisterleistung, mit 1,0 abzuschließen. Das freut mich für die Schüler, denn gute Leistungen sollen belohnt werden.

Doch als Politiker muss ich die Frage aufwerfen, wie es zu dieser Einser-Inflation kam. Liegt es wirklich daran, dass in Sachsen um die Jahrtausendwende lauter kleine Einsteins geboren wurden? Oder könnte es sein, dass die herausragenden Leistungen das Ergebnis einer Absenkung des Bildungsniveaus sind?

2012 schafften nur 33 Gymnasiasten das Kunststück eines Abiturs mit 1,0. Anscheinend war es damals noch viel schwerer, derart gut abzuschneiden. Was geschah also in der Zwischenzeit?

Das stets CDU geführte Kultusministerium hat die Stundenanzahl in den anstrengenden Kernfächern und Naturwissenschaften abgesenkt. Stattdessen wurde der Politikunterricht gestärkt. Hinzu kam, dass seit 2017 im Abitur viel mehr schlechte Noten gestrichen werden dürfen, weil weniger Kurshalbjahresergebnisse (40 statt vorher 52) eingebracht werden müssen.

*2020 dann der nächste Schritt:*

Weil angeblich die Mathe-Klausur zu schwer gewesen sei, wurden die Noten im Nachhinein auf Weisung des zuständigen Ministers Christian Piwarz um einen Punkt verbessert. Für 2021 hat Piwarz übrigens bereits angekündigt, weniger Prüfungsstoff abfragen zu wollen.

Corona dient ihm als perfekte Ausrede für eine forcierte Absenkung der Anforderungen. So muss etwa der Englisch-Leistungskurs im nächsten Jahr nicht fürchten, mit Shakespeare „gequält“ zu werden. Mit solchen Entscheidungen zerstört Herr Piwarz den

bisher guten Ruf des sächsischen Bildungssystems.

Dahinter steckt ein Kalkül: Mathias Brodtkorb, SPD-Kultusminister in Mecklenburg-Vorpommern von 2011 bis 2016, erklärt in seinem Buch über den „Abiturbetrug“



sehr plausibel, dass es ein beliebtes Mittel von Politikern sei, ihre Wiederwahl durch eine Absenkung der Bildungsstandards zu sichern. Denn umso mehr Schüler aufs Gymnasium gehen und dort gute Noten einfahren, umso zufriedener dürften auch die Eltern sein. Freilich nicht nur mit der Schule, sondern auch mit der Regierung.

Fatalerweise produzieren wir damit aber eine Schwemme von mittelmäßigen Akademikern, für die es auf dem Arbeitsmarkt keinen Bedarf gibt. Zudem ziehen die Mittelmäßigen die überdurchschnittlich Intel-

*„Es ist unrealistisch, dass jeder ein Albert Einstein werden kann. Damit wir aber diejenigen, die das Potential dazu haben, richtig fördern, brauchen wir ein höheres Bildungsniveau.“*

ligenten herunter. Brodkorb zufolge seien sie an Gymnasien „schon heute deutlich in der Minderheit“.

Der Hintergrund: Auch in Sachsen darf inzwischen jeder zweite Grundschüler aufs Gymnasium gehen. In jedem Jahrgang gebe es aber nur 16 Prozent, die über herausragende Fähigkeiten verfügen, unterstreicht Brodkorb. Zwei Drittel der Gymnasiasten wären daher an einer Oberschule besser aufgehoben. Wohlgermerkt, dieser Befund kommt von einem SPD-Mann mit Regierungserfahrung, der seine Vorstellungen jedoch nicht verwirklichen konnte. Es braucht deshalb viel Stehvermögen, um Veränderungen herbeizuführen. Einzig die

AfD verfügt darüber. Wir wollen in Sachsen längeres, gemeinsames Lernen bis zur achten Klasse ermöglichen. Danach sollen nur diejenigen aufs Gymnasium gehen, die in den Kernfächern einen Schnitt von 1,5 erreichen. Alle anderen sind auf einer praktisch ausgerichteten Technischen Oberschule gut aufgehoben. Diese Oberschule wird ein hohes Ansehen genießen, wenn dort die Berufsvorbereitung beginnt und die Jugendlichen entscheiden können, in welche Richtung sie sich weiterentwickeln wollen. Das Fach „Wirtschaft, Technik, Hauswirtschaft“ (WTH) soll daher ebenso eine große Rolle spielen wie die naturwissenschaftlichen MINT-Fächer.

Wir sind überzeugt davon, dass dieses Modell um Längen besser ist als die linke Gemeinschaftsschule, die am liebsten jeden Schüler bis zum Abitur bringen möchte. Daher werben wir dafür, das Volk zu befragen, ob es sich neue Schularten wünscht und wenn ja, welche.



von Jörg Urban

Neuer Flyer verfügbar!



72 Prozent der Sachsen wollen, dass Schüler über die vierte Klasse hinaus gemeinsam lernen. Dabei bevorzugten 51 Prozent einen gemeinsamen Unterricht bis zur achten Klasse. **Aber wollten die Sachsen wirklich diese neue Gemeinschaftsschule?**

Unser Konzept, unsere Antworten. Jetzt im neuen Flyer.

Note 1,0 im Abitur (Sachsen; Quelle: Drs. 6/14545 sowie Berichterstattung)



## ERST DER WALD MACHT UNSERE HEIMAT ZUR HEIMAT

„Wer hat dich, du schöner Wald, aufgebaut so hoch da droben...?“ Der romantische Dichter Joseph von Eichendorff dachte bei der Antwort natürlich an Gott. Heute spielt die Forstwirtschaft die entscheidende Rolle. Sachsens grüne Lungen sind seine ausgedehnten Wälder. Der Freistaat ist zu 28,2 Prozent bewaldet. Das klingt nach viel, aber im Laufe der Jahrtausende wurde der Wald immer weniger: Zu Beginn der Jungsteinzeit (4500 bis 1500 vor unserer Zeit) war Sachsen fast vollständig bewaldet. Das wäre heute nicht mehr wünschenswert, aber trotzdem brauchen und lieben wir unsere Wälder. Ganz praktisch sind sie zunächst ein wichtiger ökonomischer Faktor durch Holzwirtschaft, Jagd und ihren Beitrag zum Tourismus. Wer möchte schon in einer kahlen Landschaft wandern?

Noch bedeutender ist aber ihre Rolle für die Ökologie: Mit ihrer optimalen Ressourcenausnutzung sind Wälder das produktivste Landökosystem. Nach den Ozeanen

bilden sie die wichtigste Einflussgröße des globalen Klimas: Sie stellen die global einzig wirksame CO<sub>2</sub>-Senke dar und sind die wichtigsten Sauerstoffproduzenten. Ihr Artenreichtum ist ein unschätzbbarer Genpool. Für uns vor Ort sind Wälder ein geschätzter Teil unserer Kulturlandschaft und tragen zur Regenerierung gestresster Städte ebenso bei wie zu unserer heimatlichen Identität.

*„Für das deutsche Heimatgefühl, spielte der Wald immer eine ganz besondere Rolle.“*

Leider ist dieser grüne Schatz nicht un gefährdet, denn Extremwetterereignisse setzen unseren Wäldern zu. Seit Oktober 2017 waren schwere Sturmereignisse zu verzeichnen. Unter anderem das Sturmtief „Eberhard“, das im März 2019 wütete und riesige Schäden hinterließ. Die Bäume sind zudem durch die anhaltende Trockenheit stark geschwächt. Das wiederum sind ide-

ale Bedingungen für den Borkenkäfer, der mit Vorliebe die in Sachsen weitverbreiteten Fichten befällt. 2020 verspricht bereits ein besonders schlimmes Jahr zu werden. Der April war laut des Deutschen Wetterdienstes (DWD) der dritttrockenste April seit Beginn regelmäßiger Wetteraufzeichnungen. Die Prognosen sehen laut Waldbesitzerverband noch katastrophaler aus.

Diese Lage stellt Politik und Forstwirtschaft vor gemeinsame, große Herausforderungen. Die AfD-Fraktion weiß, dass für das deutsche Heimatgefühl der Wald immer eine ganz besondere Rolle gespielt hat. Der Erhalt dieses so wichtigen Teils der sächsischen Kulturlandschaft ist ihm auch deshalb ein Herzensanliegen.



von  
**René Hein**  
Waldpolitischer Sprecher



## DER KOHLEAUSSTIEG IST ÜBERSTÜRZT!



Nach jahrelangem Drängen aus rot-grünen Kreisen ist es nun Gewissheit. Die Förderung der Braunkohle und deren Verbrennung in Kraftwerken soll definitiv in spätestens 18 Jahren ein Ende gefunden haben.

Um diesen mindestens zehn bis 15 Jahre vorgezogenen Ausstieg aus der Schlüsselindustrie der Lausitz rechtfertigen zu können, wurde eine regelrechte Verteufelungs- und Lügenkampagne entfacht. Die CO<sub>2</sub>-Lüge, zu deren Bezeichnung ich mich klar bekenne, spielte dabei die entscheidende Rolle. Es wurden Begrifflichkeiten wie „dreckiger Strom“, „Dreckschleudern“ und „giftiges CO<sub>2</sub>“ verwendet.

Erstaunlich in diesem Zusammenhang ist aber auch, dass eine einstmals wirtschaftsstrategisch klug agierende CDU, sich wie nach dem übereilten und unnachvollziehbaren Atomausstieg, abermals links-grüner, wirtschaftsfeindlicher Politik beugte und auch diesen Ausstieg federführend mitträgt.

Die Zahl der Beschäftigten, die direkt mit der Förderung der Braunkohle und deren Verstromung zu tun haben, beläuft sich auf 8.200. Die Zahl derer, die indirekt bzw. in der Zulieferindustrie beschäftigt sind, auf

weitere 17.000. Diese Zahlen könnten auf den ersten Blick nicht als besonders hoch eingeschätzt werden. Betrachtet man aber gerade das Lausitzer Revier, wird man feststellen, dass eine in den letzten Jahren besonders strukturell geschundene Region von diesem Einschnitt wesentlich härter getroffen würde, als es andernorts je der Fall war.

Schon jetzt zählt diese Region zu den kaufkraftschwächsten bundesweit. Eine weiter fortschreitende Deindustrialisierung würde diese Region, die durch Abwanderung und fortschreitende Überalterung geprägt wurde, weiter veröden. Die Menschen in dieser Region sind als bodenständige und auch heimatstreu bekannt. Sie haben diese Region mit ihrem Fleiß geprägt und geformt. Es ist nicht zumutbar und auch nicht hinnehmbar, dass die Bürger in der Lausitz wieder die Rolle der Abgehängten übernehmen sollen.

Dem entgegen verkündete CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer, dass ein milliardenschweres Finanzpaket zur strukturellen Förderung der betreffenden Regionen geschnürt worden sei. Er verspricht bis heute, dass die Kleinstadt Weißwasser, direkt vom Kohleausstieg betroffen, einen

ICE-Anschluss bekäme, dass man nun endlich den Breitbandausbau für diese Region vorantreiben möchte. Schließlich könne man beim Verkauf seiner Immobilie mit schneller Internetanbindung einen weit höheren Preis erzielen.

Jeder klug denkende Bürger merkt natürlich, dass dies Ammenmärchen sind. Denn das, was in der Lausitz gebraucht wird, sind neu zu schaffende Industriearbeitsplätze. Arbeitsplätze, bei denen all jene sich beruflich verwirklichen können, die einen handwerklichen oder industriellen Beruf erlernt haben.

Dies wird nur gelingen, wenn man klug an realisierbaren Infrastrukturen arbeitet und wenn man die nötigen Anreize in Form einer Sonderwirtschaftszone mit entsprechenden Steuervorteilen schafft und dafür sorgt, dass dieses in Aussicht gestellte Geld auch nur dort eingesetzt wird, wo es dringend benötigt wird.



von  
Roberto **Kuhnert**

## WIR KLAGEN GEGEN DIE „WILDE POLITIKFINANZIERUNG“

Für parteinahe Stiftungen gab der Freistaat Sachsen im letzten Jahr 1,7 Millionen Euro aus. Alle Parteien profitierten davon indirekt – außer der AfD, die weiter leerausgeht. Dagegen wehren wir uns nun. Am 4. August 2020 reichten wir Verfassungsklage gegen die in Sachsen praktizierte Finanzierung politischer Vereine und Stiftungen ein.

Sollte die AfD-Fraktion in Sachsen vor Gericht Recht bekommen, hätte dieses Urteil bundesweite Relevanz. Die Finanzierung der parteinahen Stiftungen müsste möglicherweise deutschlandweit überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Mit einer Entscheidung des sächsischen Verfassungsgerichtes rechnen wir in einigen Monaten. Wie unser finanzpolitischer Sprecher

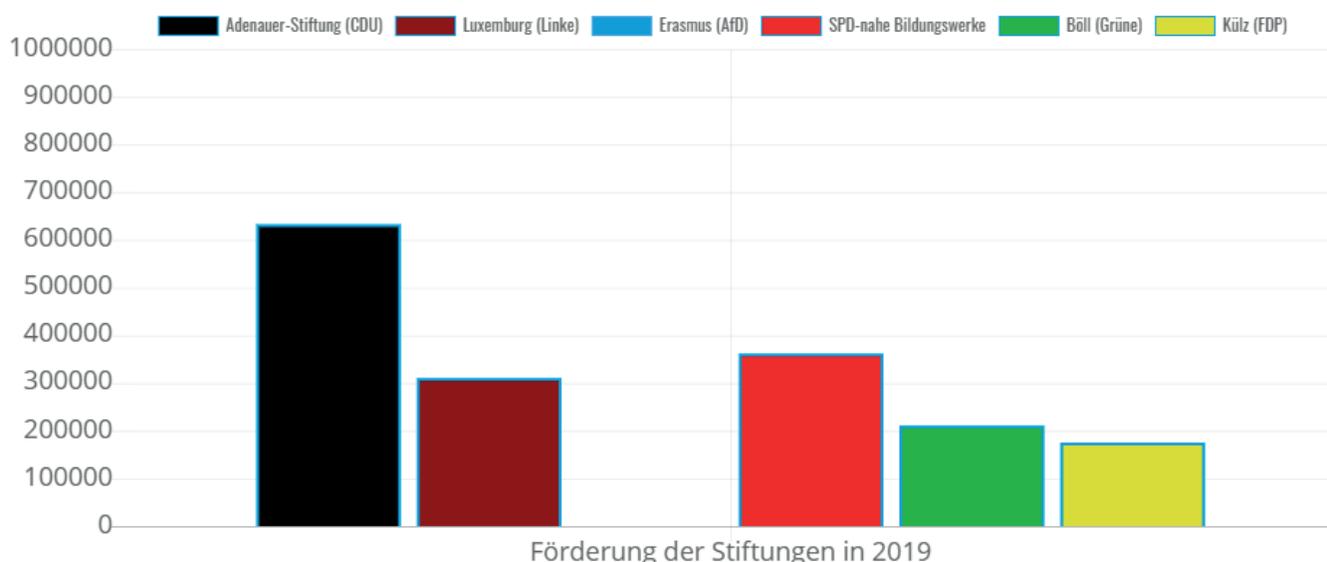
André Barth per Kleiner Anfrage (Drs. 7/1922) herausbekommen hat, erhält die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung im Freistaat Sachsen 633.200 Euro, die linke Rosa-Luxemburg-Stiftung 310.800 Euro, die grüne Heinrich-Böll-Stiftung 210.700 Euro, die Bildungswerke der SPD 361.600 Euro und die Stiftung der nicht einmal mehr im Landtag vertretenen FDP immerhin 175.600 Euro.

Mit diesem Geld können sie Mitarbeiter anstellen, die womöglich vorher im Landtag arbeiteten, aber aufgrund der Wahlerfolge der AfD ihren Job verloren. Sie können Weiterbildungen organisieren und Öffentlichkeitsarbeit betreiben.

Brisant: Die Zuwendungen verdoppelten sich in den letzten Jahren. Im Jahr 2010 gab es lediglich 781.000 Euro. 2014, als die AfD erstmals in den Sächsischen Landtag einzog, bekamen die Stiftungen 870.000 Euro. Danach explodierten die Ausgaben für die Stiftungen regelrecht. 2016 lagen sie auf einmal bei 1,635 Millionen Euro.

Mit diesem Selbstbedienungsladen muss Schluss sein. Parteien und Fraktionen erhalten bereits genug Steuergelder. Es ist deshalb unanständig, wenn auf Bundesebene parteinahe Stiftungen und Vereine mit 580 Millionen Euro rund 100 Millionen Euro mehr erhalten, als beispielsweise für den Katastrophenschutz im Haushalt vorgesehen sind.

■ Fördermittel für parteinahe Stiftungen in Sachsen (Drs. 7/1922)



# Nachgefragt...

## KURZ & KNAPP

Mit der Kleinen Anfrage Drs. 7/2886 hat **Martina Jost**, Sprecherin der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag für Gesellschaftspolitik, herausgefunden, dass die „Landeskoordinierungsstelle Sachsen für **queere Geflüchtete**“ pro Jahr bis zu 162.594,05 Euro an Fördergeldern vom Freistaat Sachsen erhält. Seit 2016 flossen insgesamt fast 700.000 Euro.

Fast 1.300 Klagen gegen die **Zwangsbeiträge des ARD/ZDF-Staatsfunks** wurden in den letzten vier Jahren vor sächsischen Gerichten verhandelt. Häufig waren es Klagen gegen Zwangsvollstreckungen, ergab die Kleine Anfrage von **Torsten Gahler** (Drs. 7/1877).

Von **regionaler Selbstversorgung** ist Sachsen meilenweit entfernt. Beim Gemüseanbau sind es nur zwölf Prozent, bei Obst 26 Prozent und bei Geflügel 38 Prozent. Die Anfrage von **Jörg Dornau** (7/1491) zeigt zudem deutlich: Sachsen ist in vielen Bereichen schlechter aufgestellt als die anderen Bundesländer.

Das sächsische Abschiebegefängnis steht fast leer, obwohl abgelehnte Asylbewerber scharenweise rechtswidrig untertauchen, um sich ihrer Abschiebung zu entziehen. Nicht einmal zehn Prozent der Zellen sind mit Ausreisepflichtigen belegt, fand die Anfrage von **Sebastian Wippel** (7/1702) heraus. Ergebnis: **In Sachsen scheitert jede dritte Abschiebung** (7/1195) und die Zahl der Ausreisepflichtigen wuchs auf über 13.000 Personen an.

Die **Subventionen für sächsische Theater** sind drastisch gestiegen, ergab die Anfrage von **Thomas Kirste** (7/1737). Spitzenreiter ist das Schauspielhaus Leipzig mit fast 240 Euro pro Karte. Dafür bekommt der Steuerzahler vermehrt politisch linksradikale Agitation oder einfach Geschmacklosigkeiten serviert.

In Sachsen gibt es nur noch einen großen Schlachthof für Schweine, Rinder und Schafe. Deshalb werden die Transportwege und die **Qualen für das Schlachtvieh** immer länger, ermittelte **Thomas Prantl** (7/1472). Der Agraringenieur setzt sich nun für den Bau neuer Schlachthöfe ein. Regionale Direktvermarktung darf keine grüne Floskel bleiben.

Für vier unbegleitete minderjährige Asylbewerber (Uma) richtete die Jugendhilfe in Dresden eine **WG für 150.000 Euro** ein. Das ergaben die Recherchen von **Carsten Hütter** (7/1482). Durch derartige Kosten und die **Rundumversorgung durch Sozialarbeiter** ergaben sich in der letzten Legislaturperiode für den Steuerzahler Ausgaben von rund 5.000 Euro monatlich pro Uma.

Mit mehreren Kleinen Anfragen (Drs. 7/2808, 2810, 2811) hat der bildungspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, **Dr. Rolf Weigand**, in Erfahrung gebracht, welche Projekte an Schulen von verschiedenen Vereinen angeboten werden. Unter anderem kam dabei heraus, dass seit Jahren mit einem Theaterstück in den Klassenzimmern für ein angebliches „**Bleiberecht**“ geworben wird.

## Impressum

Blaue Post Nr. 29 / September 2020

**Herausgeber:** AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag  
Bereich Presse & Öffentlichkeitsarbeit  
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1  
01067 Dresden

**Telefon:** 0351 493-4222 0  
**E/Mail:** presse@afd-fraktion-sachsen.de  
info@afd-fraktion-sachsen.de

**Redaktion:** Albrecht Andreas Harlaß  
**V.i.S.d.P.:** Albrecht Andreas Harlaß  
**Gestaltung und Satz:** Stephan Rose

**Druck:** Druckhaus Scholz GmbH  
**Auflagenhöhe:** 170.000 Stk.  
**Ausgabe:** Nr. 29 / September 2020

**Fotonachweise:**  
*Fraktion:* Autorenfotos, S. 2, S. 3, S. 7, S. 11,  
*Privat:* S. 4, S. 5, S. 6, S. 8, S. 9, S. 12,

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinnwahrend zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers. Im Rahmen der digitalen Ausgabe werden auch Links zu Internetinhalten anderer Anbieter bereitgestellt. Auf den Inhalt dieser Seiten haben wir keinen Einfluss. Für den Inhalt ist ausschließlich der Betreiber der anderen Website verantwortlich. Trotz der Überprüfung der Inhalte im gesetzlich gebotenen Rahmen müssen wir daher jede Verantwortung für den Inhalt dieser Links bzw. der verlinkten Seite ablehnen.

FRAKTIONSACHSEN



**AfD-Fraktion im Web:**  
[afd-fraktion-sachsen.de](http://afd-fraktion-sachsen.de)



**AfD-Fraktion bei facebook:**  
[facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen](https://facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen)



**AfD-Fraktion bei Twitter:**  
[twitter.com/AfD\\_SLT](https://twitter.com/AfD_SLT)



**AfD-Fraktion bei youtube:**  
<http://bit.ly/1L9Tb1f>

## Hinweis

Die Blaue Post ist auch als PDF-Download verfügbar.

## MEHR DIREKTE DEMOKRATIE FÜR SACHSEN!

Seit der Wiedervereinigung und der darauffolgenden Neugründung des Freistaates Sachsen sowie der Verabschiedung unserer sächsischen Verfassung am 2. Juni 1992 warten und hoffen unsere sächsischen Bürger darauf, endlich echten und direkten Einfluss auf die Landespolitik nehmen zu können.

Das ist richtig so! Denn unsere sächsische Verfassung schreibt dem Bürger genau dies in Artikel 3 Absatz 2 zu: „Die Gesetzgebung steht dem Landtag oder unmittelbar dem Volk zu.“

Laut der Verfassung ist das Volk also dem Landtag gleichgestellt und soll die Möglichkeit haben, Gesetzesvorlagen einzubringen und deren Beschluss zu entscheiden.

Doch wie sieht die Realität aus? Seit 1990 wurden über 800 Gesetze verabschiedet. Volksbegehren und Volksentscheide gab es zusammengekommen nur 13 Mal. Angenommen wurden davon genau zwei.

Zwei angenommene Initiativen in 28 Jahren? Was ist dies gegen die Fülle der Gesetzesschwemme des Landtages? Sieht so die Gleichberechtigung von Volk und Landtag in der Gesetzgebung aus, die unsere Verfassung verbrieft?

Die AfD-Fraktion bekennt sich zu mehr direkter Demokratie und Mitbestimmung des Volkes bei der Regelung unseres täglichen Zusammenlebens. Denn nichts anderes als dies ist Gesetzgebung!

Die AfD-Fraktion kommt aus der Mitte des Volkes. Wir sind keine rückgratlosen Parteibonzen, die nur zur Wahl auftauchen, um danach wieder in ihren charakterlosen Betontürmen der Bürokratie zu verschwinden. In diesem Sinne wollen wir Sie endlich wie mündige Bürger behandeln.

Unsere Fraktion will, dass eine Verfassungsänderung dem sächsischen Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Unsere Verfassung regelt die Grundsätze unseres Zusammenlebens und ist das wichtigste Rechtsdokument im Freistaat.

Wir wollen, dass das Volk die Möglichkeit hat, Gesetze, welche vom Landtag beschlossen worden sind, abzulehnen. Viel zu oft wird über die Köpfe der Bürger hinweg regiert, ohne dass das Volk zwischen zwei Wahlen darauf Einfluss nehmen kann.

Wir wollen, dass die Bürger mit einem „Aufruf an den Landtag“ direkt Einfluss und Interaktion auf und mit dem Parlament haben können. Dieses stellen wir mit einer sinnvollen Erweiterung des Petitionsrechtes um die qualifizierte Massenpetition dar. Wir wollen es unseren Bürgern außerdem erleichtern, ihre Ideen über Volksinitiativen einzubringen. Die Absenkung der Hürden für die bereits vorhandenen Möglichkeiten der Volksgesetzgebung soll deshalb unseren Vorstoß abrunden.

Wir wollen mehr direkte Demokratie für Sachsen! Direkte Demokratie gibt es nur mit uns.



von  
Alexander **Wiesner**

